

Nur ein kleinster gemeinsamer Nenner

Wie kaum ein anderes Land hat es Deutschland geschafft, die Tatsache zu verdrängen, dass es von und mit hunderttausenden von Menschen lebt, die es nach Recht und Gesetz gar nicht geben dürfte.

VON VERA GASEROW

Der Bundesaußenminister – ein „Zuhälter“, als solcher gescholten zumindest im multikulturellen Geiste. Die Botschaft in Kiew – ein willenloses Instrument in den Händen ukrainischer Schleuser. Die rot-grüne Visapolitik – ein Einfallstor für Zwangsprostituierte und Kriminelle – so griffig wie selten liegen derzeit die Vorurteilmuster auf der Hand. Dazu noch fünf Millionen Arbeitslose mit Angst vor Billig-Konkurrenz. Denkbar schlechterer Zeitpunkt also für ein Manifest, das für die Nöte illegaler Einwanderer sensibilisieren will. Nur: Gut war der Zeitpunkt noch nie für dieses Thema und er wird kaum besser werden.

In den USA waren die heimlichen Grenzgänger längst anerkanntes Faktum. In Frankreich und Spanien suchten sie bereits nach Lösungen für die „Sans-Papiers“. In Deutschland hingegen hoffte man lange, das Problem werde sich in Luft auflösen – durch anhaltendes Ignorieren. Erst Mitte der 90er Jahre richteten anti-rassistische Gruppen mit ihrem Slogan „Kein Mensch ist illegal“ einen Scheinwerfer auf die „Schattenmenschen“, von denen man nur schätzen kann, ob 500 000 oder weit über eine Million in Deutschland leben.

Ende der 90er Jahre waren es dann rühri-

ge Kirchenpersönlichkeiten, die immer wieder auf die Probleme der Menschen ohne Papiere aufmerksam machten. Vor allem dem kirchlichen Engagement war es zu verdanken, dass das Thema aus der Schmutzdecke herauskam und auch Politiker wie die Grünen den Mut fassten, sich mit dieser Migrantengruppe zu befassen, die unter dem permanentem Generalverdacht steht, illegal bedeute auch kriminell.

Nach jahrelanger Tabuisierung war es da ein wahrer Durchbruch, als 2000 die „Zuwanderungskommission“ das Thema Illegalität aufnahm und der Politik Handlungsempfehlungen gab. Zumindest der Anspruch auf medizinische Grundversorgung, auf Schulbesuch für Kinder und Straffreiheit für humanitäre Helfer seien im Umgang mit Menschen ohne Aufenthaltsrecht unabdingbar, plädierten die „Zuwanderungspäpste“ um Rita Süßmuth (CDU).

Doch dann brachte der 11. September dem Werben um Akzeptanz einen herben Rückschlag. Im Marathonstreit übers Zuwanderungsgesetz blieben sämtliche Empfehlungen für die „Papierlosen“ auf der Strecke. Selbst die Helfer, Ärzte, Lehrer oder Pastoren, machen sich nach dem Zuwande-

rungsgesetz weiter strafbar – wegen Beihilfe zur „Einschleusung von Ausländern“. Dabei wird in Kommunen, Kliniken und Schulen längst pragmatisch Hilfe geleistet – mit kleinen Finanztricks, Augenzwinkern der Behörden, Unterstützung unter der Hand.

Mit dem Zuwanderungsgesetz schien auch das Kapitel Menschen ohne Papiere bis auf weiteres ad Acta gelegt. Dass nun ein ungewöhnlich breites Bündnis das Problem mit einem Manifest doch wieder aus der Verdrängung holt, ist da fast ein Wunder und in Deutschland ein historisches Novum. Denn bisher ist es selbst bei weniger prekären ausländerpolitischen Themen kaum gelungen, so viele prominente Namen zusammenzubringen. Die Forderungen des Manifestes sind kleinster gemeinsamer Nenner, aber ein Anfang. Weit entfernt von Amnestie-Regelungen wie in Spanien. Für einen so radikal-pragmatischen Schritt mangelt es hierzulande an Akzeptanz.

Immerhin schafft auch Deutschland die Legalisierung eines Teils seiner „Papierlosen“: auf anderem Weg, streng legal, kaum bemerkt – über die EU-Osterweiterung.

REDAKTION

politik@fr-aktuell.de; Tel. 0 69 / 21 99 - 39 53
